

2. DEUTSCH-PALÄSTINENSISCHER LENKUNGS AUSSCHUSS IN BERLIN:

GEMEINSAME ABSCHLUSSERKLÄRUNG

Eingedenk ihrer gemeinsamen Vision eines souveränen, unabhängigen, demokratischen und Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit allen seinen Nachbarn einschließlich Israel lebenden palästinensischen Staates und auf der Grundlage ihrer engen langjährigen partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich Entwicklung und beim Aufbau palästinensischer staatlicher Institutionen haben die Palästinensische Nationale Behörde und die Bundesregierung beschlossen, ihre Kooperation weiter zu vertiefen. Anlässlich der 2. Tagung des Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschusses auf Ministerebene in Berlin am 28. März 2012 bestand zwischen beiden Seiten Einvernehmen, in Zukunft unter anderem in den folgenden Schlüsselbereichen noch enger zusammenzuarbeiten:

I. Politischer Dialog

Die Palästinensische Nationale Behörde und die Bundesregierung beabsichtigen, ihren hochrangigen engen und vertrauensvollen politischen Gedankenaustausch fortzusetzen. Beide Seiten begrüßen die vielfältigen Kontakte auf allen Ebenen, darunter die Kontakte zwischen Regierungsstellen, politischen Parteien, deutschen politischen Stiftungen, akademischen Forschungseinrichtungen und im zivilgesellschaftlichen Bereich.

II. Staatsaufbau und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bundesregierung und die Palästinensische Nationale Behörde würdigen die bisher in ihrer bilateralen Zusammenarbeit erreichten Ergebnisse betreffend den Aufbau palästinensischer staatlicher Institutionen sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und sind sich einig, diese konstruktive und partnerschaftliche Zusammenarbeit auch in Zukunft fortzusetzen. Hierzu sind derzeit unter anderem Vorhaben in folgenden Bereichen vorgesehen:

1. Staatsaufbau

Die Bundesregierung würdigt die großen Fortschritte, die die Palästinensische Nationale Behörde auf dem Weg zur Staatlichkeit erzielt hat. Die Bundesregierung wird ihr Engagement für den Staatsaufbau Palästinas gemäß den Prioritäten der Palästinensischen Nationalen Behörde weiterhin wie folgt fortsetzen:

Im Einvernehmen mit der Palästinensischen Nationalen Behörde strebt die Bundesregierung an, bis zu acht weitere Polizeistationen im Westjordanland nach deutsch-palästinensischem Modell gemeinsam durch Deutschland und die EU zu errichten.

Ferner werden die Bundesregierung und die Palästinensische Nationale Behörde ihre polizeiliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit fortsetzen. In enger Abstimmung mit der Palästinensischen Nationalen Behörde beabsichtigt die Bundesregierung, Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung von Ausbildungs-, Organisations- und Nutzungskonzepten der Simulationswache und der Polizeistationen zu leisten. Darüber hinaus wird ausgewählten palästinensischen Polizeiführungskräften die Teilnahme an Ausbildungsvorhaben für deutsche Polizeiführungskräfte ermöglicht. Die Teilnahme erfolgt im Rahmen finanzieller Stipendien. Daneben werden die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen vor Ort fortgesetzt.

Die Bundesregierung wird daneben auf Wunsch der Palästinensischen Nationalen Behörde prüfen, wie das im Aufbau befindliche Personenstandsregister erweitert werden kann.

Im Einvernehmen mit der Palästinensischen Behörde wird die Bundesregierung außerdem ihre Unterstützung für strukturschwache Gegenden in den Palästinensischen Gebieten, einschließlich der C-Gebiete des Westjordanlands durch Renovierung und Neubau grundlegender sozialer Infrastruktur sowie im Bereich der Fortbildungsmaßnahmen fortführen.

2. Entwicklungszusammenarbeit

Die Palästinensische Nationale Behörde ist ein zentraler Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Die Bundesregierung wird die palästinensischen Entwicklungsbemühungen auch weiterhin auf hohem Niveau unterstützen. Allein in 2012 wird die Bundesregierung über 40 Mio. EUR für Vorhaben der technischen und finanziellen Zusammenarbeit für Vorhaben in den zwischen beiden Seiten vereinbarten Schwerpunkten Wasserversorgung/Abwasserentsorgung, Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung und Governance (einschließlich Kommunalentwicklung)

bereitstellen. Hinzu kommen 5 Mio EUR, die bereits in 2011 für Vorhaben 2012 zugesagt werden konnten.

Bereits jetzt sagt die Bundesregierung als Zeichen der Unterstützung des positiven Kurses der Palästinensischen Nationalen Behörde 1,2 Mio. EUR für ein neues Vorhaben zum Aufbau einer nationalen Qualitätsinfrastruktur sowie 0,5 Mio. EUR für die Fortführung eines Kontaktbüros für deutsche und palästinensische Unternehmen zu. Diese Maßnahmen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der palästinensischen Wirtschaft fördern und die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unterstützen. Beide Seiten sind übereingekommen, von der gewonnenen Erfahrung in der gemeinsamen Finanzierung des Municipal Development and Lending Fund sowie im Bereich Bildung zu profitieren und diese Erfahrung auf weitere Bereiche auszudehnen.

Beide Seiten sind übereingekommen, dass weitere konkrete Vorhaben der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit in Regierungsverhandlungen, die für Mai/Juni dieses Jahres in Ramallah geplant sind, vereinbart werden sollen. Die Palästinensische Nationale Behörde hat ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, Energie als möglichen künftigen Schwerpunktsektor der deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit in Erwägung zu ziehen.

III. Wirtschaft

Die Palästinensische Nationale Behörde und die Bundesregierung sehen in der Verstärkung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Palästinensischen Gebieten und der Bundesrepublik Deutschland einen Beitrag zum weiteren wirtschaftlichen Aufschwung in den Palästinensischen Gebieten und damit einen wichtigen Beitrag zum Nahost-Friedensprozess.

Beide Seiten bekräftigen im Geiste des 1. Deutsch-Palästinensischen Lenkungsausschusses die Bedeutung des weiteren Ausbaus der Beziehungen im Waren- und Dienstleistungsverkehr.

Die Bundesregierung und die Palästinensische Nationale Behörde werden zur Festigung und zum weiteren Ausbau der Beziehungen die jeweiligen außenwirtschaftlichen Förderinstrumente einsetzen. Die Bundesregierung wird auch weiterhin deutsche Exporte an private Unternehmen in den Palästinensischen Gebieten mit dem Instrument der Hermesdeckungen unterstützen und palästinensische Exporte in die Bundesrepublik Deutschland gemäß den mit der Europäischen Union geschlossenen Handelsvereinbarungen fördern. Die Bundesregierung hält an ihrer

Unterstützung für die Palestinian Industrial Estates and Free Zones Association (PIEFZA) und die externe Infrastruktur der geplanten Industriezone in Jenin fest, während die Palästinensische Nationale Behörde sich verpflichtet, die Voraussetzungen für die Umsetzung zu gewährleisten.

Der gegenseitige und regelmäßige Besuch von Wirtschaftsdelegationen soll dazu beitragen, die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder zu festigen.

Beide Seiten teilen die Auffassung, dass die Zusammenarbeit von klein- und mittelständigen Unternehmen besondere Bedeutung für die Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen hat und wollen Kooperationen in diesem Bereich fördern. Die Bundesregierung unterstützt in diesem Zusammenhang die Arbeit des European-Palestinian Credit Guarantee Fund.

IV. Bildung, Wissenschaft und Forschung

Die Palästinensische Nationale Behörde und die Bundesregierung sind sich einig, dass im Nachgang zu der gemeinsamen Arbeitstagung im Ramallah am 20./21. November 2011 eine deutsch-palästinensische Forschungsk Kooperation aufgebaut werden soll. Die Kooperation soll zunächst folgende Maßnahmen beinhalten:

Die Förderung von Mobilitätsmaßnahmen soll umgehend aufgenommen werden. Diese beinhalten unter anderem Wissenschaftler austausch, Forschungsaufenthalte palästinensischer Wissenschaftler in Deutschland sowie den Zugang palästinensischer Forscher zu deutschen Forschungsplattformen, Datenbanken und Netzwerken.

Die Bundesregierung und die Palästinensische Nationale Behörde werden eine gemeinsame Projektausschreibung ausarbeiten, die voraussichtlich Ende 2012 veröffentlicht werden soll. Die Finanzierung erfolgt durch beide Seiten. Die Maßnahmen sollen durch ein gemeinsames Memorandum of Understanding gestützt werden.

Bei der Umsetzung der Maßnahmen sollen insbesondere die Themenbereiche Nanotechnologie, IKT, Solarenergie und Agrarwissenschaften/Ressourcenmanagement im Vordergrund stehen. Das Thema berufliche Bildung soll bei der Implementierung der Maßnahmen mit bedacht werden. Es wird eine bilaterale Steuerungsgruppe eingerichtet, die für die Ausgestaltung und Umsetzung der Maßnahmen zuständig ist.

Die Bundesregierung und die Palästinensische Nationale Behörde bekräftigen, dass die Deutsche Internationale Abiturprüfung (DIAP), die derzeit an der Schule Talitha Kumi (Beit Jala) und an der Schmidt-Schule (Ost-Jerusalem) angeboten wird, mit dem Schreiben von Ministerin Lamis Al-Alami vom 28.11.2010 an das Deutsche Vertretungsbüro Ramallah als voll zugelassen und gleichwertig zum Tawjihi (science stream) in den Palästinensischen Gebieten anerkannt wurde. Diese Anerkennung schließt die Gültigkeit als Zugangsberechtigung für alle Fächer an deutschen und palästinensischen Universitäten und entsprechenden Bildungseinrichtungen mit ein. Die Palästinensische Nationale Behörde hat die dem Bildungsministerium vom Deutschen Vertretungsbüro in Ramallah übermittelte Tabelle zur Umrechnung von DIAP-Noten in Tawjihi-Noten abschließend geprüft und wird diese in Kraft setzen. Noch offene Einzelheiten der Umsetzung werden die Palästinensische Nationale Behörde und die Bundesregierung baldmöglichst klären.

Unterzeichnet in Berlin am 28. März 2012 in zwei Exemplaren, jeweils in arabischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen gültig ist.

Dr. Guido Westerwelle

Dr. Salam Fayyad

Bundesminister des Auswärtigen

Premierminister